

Neue Arbeitsbelastungen im politischen Feld: Zur Relevanz von Emotionsarbeit und der wachsenden Bedeutung von Social Media

Nina Hossain ¹

Zusammenfassung: Der Beitrag basiert auf qualitativen empirischen Ergebnissen, die Emotionen einen zentralen Stellenwert innerhalb politischer Arbeit zuschreiben. Um sich im politischen Feld zu positionieren, üben Politiker_innen Emotionsarbeit aus, indem sie einerseits Gefühle in Wähler_innen evozieren und andererseits eigene Gefühle sozial regulieren. Insbesondere Politikerinnen stehen dabei vor der zusätzlichen Herausforderung, ihre Gefühle an die noch immer bestehende vergeschlechtlichte Ordnung von Emotionen anzupassen. Mit dem Aufkommen von Social Media verlagert sich politische Arbeit zunehmend in die virtuelle Welt. Social Media wirkt sich zwar positiv auf den politischen Erfolg aus, verschärft aber gleichzeitig bestehende Arbeitsbelastungen und ruft neue hervor. Um mit diesen neuen Herausforderungen umzugehen, leisten Politiker_innen vermehrt Emotionsarbeit.

Abstract: This article is based on qualitative empirical results that prove the central importance of emotions in political work. Politicians position themselves in the political field with the help of emotional work by evoking feelings in voters on the one hand and regulating their own feelings socially on the other. Particularly women face the specific challenge of adjusting their emotions to the still existing gendered order of emotions. With the rise of social media, political work increasingly takes place in the virtual world. Social Media has a positive effect on political success, but at the same time it reinforces existing workloads and creates new ones. To deal with new challenges, politicians increase their emotional work.

1 Einleitung

Digitalisierungsprozesse machen auch vor politischer Arbeit keinen Halt. Politik wird in zunehmendem Ausmaß via Social Media betrieben, was sich u. a. im Sinkflug der Auflagenhöhe von Tageszeitungen widerspiegelt, während parallel hierzu mit dem Aufkommen des Internets

¹ Dr. Nina Hossain, Philipps-Universität Marburg, Institut für Soziologie, E-Mail: hossain@staff.uni-marburg.de

Social-Media-Kanäle an Gewicht gewonnen haben. Es kommt also nicht von ungefähr, dass Politiker_innen verstärkt digitale Medien nutzen, um ihre „Bekanntheit und Beliebtheit“ zu erhöhen und damit – in Anlehnung an Bourdieu – ihren „Machtstatus“ auszubauen. Doch Machtgewinn und Machtverlust liegen in der Online-Welt dicht beieinander: Während – überspitzt formuliert – der eine Tweet noch geteilt und geliked wird, kann der nächste schon einen ‚Shitstorm‘ auslösen. Dass diese Schnellebigkeit mit Stress verbunden sein kann, wurde spätestens durch die Ankündigung Robert Habecks (Die Grünen) Twitter und Facebook einzustellen, deutlich. Diesen Schritt gab er nach Kritik an seinen Posts und zuletzt auch nach einem ‚Datenklau‘ wie folgt bekannt:

„Twitter ist wie kein anderes digitales Medium so aggressiv und in keinem anderen Medium gibt es so viel Hass, Böswilligkeit und Hetze. Offenbar triggert Twitter in mir etwas an: aggressiver, lauter, polemischer und zugespitzter zu sein – und das alles in einer Schnelligkeit, die es schwer macht, dem Nachdenken Raum zu lassen. Offenbar bin ich nicht immun dagegen.“ (Habeck 2019, o. S.)

Das Zitat unterstreicht den Leidensdruck, der mit der Nutzung von Social Media einhergehen kann. Ein Zusammenhang zwischen Digitalisierungsprozessen in der Arbeit und neuen belastenden Hürden – insbesondere für Geschlechterverhältnisse – wird bereits breit diskutiert (vgl. u. a. Carstensen 2020, 2015; Diewald et al. 2020; Pfeiffer 2012; Sträter 2019)². Im politischen Feld zeichnet sich dieser Zusammenhang am Aufkommen von Social Media ab. Tatsächlich belegen die Ergebnisse der Studie „Emotionen und Geschlecht im politischen Feld“ (Hossain 2021), dass sich soziale Medien auf die Ausgestaltung politischer Arbeit nicht nur positiv, sondern auch negativ auswirken. So zeigt sich vor allem, dass sich die in der politischen Arbeit immanente Beziehungsarbeit, mit welcher Politiker_innen zu anderen im und außerhalb des Feldes qua Emotionsarbeit ein Verhältnis aufbauen, zunehmend in die virtuelle Welt verlagert wird, wodurch neue Arbeitsbelastungen entstehen. Insbesondere verschärfte Formen von Entgrenzungen der Arbeitszeit durch die Nutzung von Smartphones und von Arbeit und Privatheit durch das Posten von privaten Bildern sowie Hasskommentare, die sich an die Person und nicht auf die politische Arbeit richten, sind Auslöser von Belastungen, die zur Folge haben, dass Politiker_innen vermehrt Emotionsarbeit leisten (müssen), um mit diesen neuen Herausforderungen umgehen zu können.

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, den Einfluss von Social Media auf die politikspezifische Emotionsarbeit auf Basis erster empirischer Ergebnisse zu untersuchen und dabei auf neue Arbeitsbelastungen einzugehen. In einem ersten Schritt wird dafür das politische Feld – aus einer Geschlechterperspektive – als ein „emotionales Feld“ (Illouz 2007) beschrieben. Um die in diesem Feld stattfindende Emotionsarbeit und die damit einhergehenden Arbeitsbelastungen geht es dann in einem zweiten Schritt, der sich den empirischen Befunden der Studie widmet. Darauf aufbauend wird – ebenfalls anhand der empirischen Daten – der Wandel politischer Arbeit durch Social Media nachgezeichnet, der sich in neuen Arbeitsbelastungen und einer vermehrten Ausübung von Emotionsarbeit manifestiert. Zum Schluss wird auf das ambivalente Verhältnis zwischen politischer Arbeit und Social Media eingegangen.

² Die Artikel gehen neben neuen Formen von Arbeitsbelastungen, die vor allem vor dem Hintergrund neuer Entgrenzungserfahrungen entstehen, auch auf Chancen durch die Digitalisierung ein.

2 Emotionen und Geschlecht im politischen Feld

Emotionen nehmen in der politischen Arbeit einen zentralen Stellenwert ein. Tatsächlich agieren Politiker_innen als „emotional entrepreneurs“ (Hochschild 1998). Sie setzen also Emotionen gezielt in ihrer Arbeit ein, um politische Erfolge zu erlangen. Dass Emotionen im politischen Feld relevant sind, überrascht mit Blick auf tagespolitische Geschehnisse wenig: Auf der einen Seite äußern immer mehr Bürger_innen auf emotionale Art und Weise ihren Unmut über den politischen Status quo (z. B. ‚Corona-Leugner_innen‘), auf der anderen Seite nähern sich auch einige Politiker_innen in ihrer Rhetorik dem ‚Trumpismus‘, was insbesondere in Social-Media-Posts zum Ausdruck kommt. Dieser Hochkonjunktur des Zusammenspiels von Politik und Emotionen steht der im politischen Feld immer noch recht verbreitete ‚Leitgedanke des Liberalismus‘ diametral entgegen, der im Kern für eine Rationalisierung politischer Prozesse steht und folglich jedweden Populismus, der auf die Instrumentalisierung von Emotionen abzielt, als irrational und gefährlich einstuft (vgl. Hirschman 1977; Schaal/Heidenreich 2013). Deutschland ist bislang – wie Reckwitz (2019) betont – von populistischen Revolten schwächer betroffen als andere Länder. Das könnte auch damit zusammenhängen, dass die deutsche politische Landschaft – wie etwa Nielsen (2015: 13–14) meint – als emotional zurückhaltend und „bescheiden“ beschrieben werden kann. Korte (2015: 11) begreift sie sogar aufgrund der deutschen NS-Vergangenheit als einen „rationalen Ort“, der Emotionen geradezu ausschließt, was allerdings eine doch sehr weitgehende Aussage ist, denn das politische Feld ist immer auch mit einem gewissen Maß an Emotionen verwoben. So misst etwa Heaney (2019) Emotionen sogar einen strategischen Charakter zu; zumindest aber wird ihnen ein richtungsweisender Charakter zugesprochen (vgl. u. a. Hall 2002; Marcus et al. 2000; Turner/Stets 2005).

Dass Emotionen seit jeher Teil politischer Arbeit sind, hat Max Weber schon früh herausgestellt, indem er Leidenschaft als Triebkraft der Ausübung politischer Arbeit benennt (vgl. Weber [1919] 2014: 37). Bourdieu (2001: 41, 86) zitiert Weber, wenn auch er die Leidenschaft als Motivator für politisches Handeln beschreibt. Darüber hinaus gehören aber ebenfalls Rhetorik und Feingefühl zum politischen Habitus und werden daher als wichtige Kompetenzen von Politiker_innen erachtet (vgl. Swartz 2012: 178). Die vermeintliche Rationalisierung des politischen Raums wurde jedoch vor allem in feministischen Auseinandersetzungen um die Marginalisierung von Frauen im Politischen demaskiert (u. a. Biester et al. 1994; Phillips 1995). Kritisiert wurde der Ausschluss von Frauen aus der politischen Sphäre, der eng verwoben ist mit geschlechtlichen Zuschreibungsmustern, die eine Verknüpfung von Rationalität mit Männlichkeit suggerieren, während Frauen als emotional gelten und daher nicht die im politischen Feld relevanten Eigenschaften und Kompetenzen aufweisen. Die Gründe hierfür werden in anhaltenden Geschlechterstereotypisierungen gesehen (vgl. u. a. Funder 2008). Mit dieser Erklärung wurden Gefühle geschlechtlich codiert und das politische Feld zur ‚gefühlsfreien Zone‘ erklärt. Das „Trennungsd dispositiv“ (Sauer 2001) beinhaltet demnach auch eine hierarchisierte und vergeschlechtlichte Emotionalisierung, die Ratio und Emotio entgegensetzt. Sauer (1997: 8–9) konstatiert hingegen, dass die politische Öffentlichkeit kein emotionsloser Ort ist. Die „Ent-Emotionalisierung“ (ebd.: 4) des politischen Feldes fand lediglich auf der Vorderbühne statt, während es auf der Hinterbühne durchaus unstrittig war, dass männliche Politiker auch Leidenschaft – im Anschluss an Weber – für die Politik mitbringen sollten. Die

Ergebnisse der Studie „Emotionen und Geschlecht im politischen Feld“ (Hossain 2021) belegen ebenso, dass Emotionen fester Bestandteil politischer Arbeit, allerdings weiterhin geschlechtlich konnotiert sind. Zum Hintergrund der Studie an dieser Stelle nur so viel: Das Forschungsvorhaben zielt darauf ab, aus einer Geschlechterperspektive der Relevanz von Emotionen, emotionalem Kapital und Emotionsarbeit im politischen Feld auf die Spur zu kommen. Auf Grundlage eines theoretisch-konzeptionellen Rahmens, welcher vorrangig mit Pierre Bourdieus Sichtweise auf das politische Feld, feministischen Demokratietheoretikerinnen sowie bereits vorhandenen Forschungen zum emotionalen Kapital und zur Emotionsarbeit abgesteckt ist, resultieren Annahmen, die qualitativ empirisch in einem deduktiv-induktiven Verfahren überprüft wurden. Hierfür wurden Bundestagsabgeordnete mithilfe eines offen-strukturierten Leitfadens interviewt. Es wurde nicht nur darauf geachtet, dass beide Geschlechter gleichermaßen befragt werden, um ggf. auf Geschlechterunterschiede eingehen zu können, sondern auch darauf, dass Interviewpartner_innen aus einem breiten Spektrum an Parteien gewonnen werden. So wurden schließlich zehn Interviews mit Bundestagsabgeordneten aus den Parteien CDU, SPD, FDP, Die Grünen und Die Linke geführt. Der Zugang zur Partei AfD bleibt trotz mehrerer Anläufe versperrt. Die Altersspanne der befragten Politiker_innen reicht von 31 bis 56 Jahren. Die Durchführung der Interviews erfolgte unmittelbar nach der Bundestagswahl 2017. Dies hatte den Vorteil, dass der Wahlkampf bei den befragten Politiker_innen noch sehr präsent war und sie diese (emotional) intensive Zeit in der Befragungssituation reflektieren konnten. Ausgewertet wurden die Interviews mithilfe der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015).³

Fächert man die Befunde auf, zeigt sich zunächst, dass auch von Politiker_innen Wissensarbeit eingefordert wird, die in hohem Maße mit Ratio verbunden wird. So bilden sich Politiker_innen in erster Linie als Fachgrößen aus, um als solche ein Themengebiet inhaltlich abzudecken. Doch um die Karriereleiter zu erklimmen, benötigen sie neben fachlichen vor allem interaktive Kompetenzen, mit welchen sie Beziehungs- und Grenzstellenarbeit leisten, um an der Schnittstelle zwischen Politik und Öffentlichkeit agieren zu können. Hier kommt Emotionen eine entscheidende Rolle zu. Politiker_innen benötigen demnach nicht nur – um an Bourdieu (2001) anzuknüpfen – ein hohes Maß an u. a. politischem Kapital, sondern auch „emotionales Kapital“ (Illouz 2007) bzw. „affektives Kapital“ (Penz/Sauer 2016), um erfolgssichernde Beziehungen im Feld (Netzwerke, Seilschaften) und außerhalb des Feldes (Wähler_innen) aufzubauen. Insofern weisen sich Politiker_innen nicht nur mit einer fachlichen, sondern gleichermaßen mit einer emotionalen Kontur aus, die beide zu ihren Identitätsmerkmalen werden. Denn tatsächlich nehmen Emotionen nicht etwa nur in emotionsgeladenen Themen oder Debatten Raum ein, sie werden vielmehr instrumentalisiert, wie das folgende Zitat einer befragten Politikerin belegt:

„Emotionen [können] irgendwann instrumentell eingesetzt werden. (...) Wenn man sie antrainiert hat, kann man sie natürlich ein- und ausschalten und kann sie auch einsetzen, ganz gezielt.“ (Bundestagsabgeordnete Die Grünen)

Illouz (2007) folgend verfügen Akteur_innen über emotionales Kapital, wenn sie ihre emotionale Kompetenz in soziale Vorteile übersetzen. Das Zitat veranschaulicht ebendies: Die

³ Die Studie wurde von der Autorin im Februar 2020 als Dissertation eingereicht. Das Buch erscheint im Frühjahr 2021 im Nomos Verlag.

Kompetenz, Emotionen strategisch einzusetzen, um dadurch politische Ziele zu erreichen, stellt die Funktion des emotionalen Kapitals im politischen Feld dar. Soll die Transformation von emotionaler Kompetenz hin zu emotionalem Kapital gelingen, müssen Politiker_innen Emotionsarbeit leisten. Mit anderen Worten: Politiker_innen üben Emotionsarbeit aus, um emotionales Kapital zu akkumulieren. Je mehr emotionales Kapital sie haben, desto flexibler und erfolgreicher leisten sie Emotionsarbeit. Emotionsarbeit und emotionales Kapital bedingen sich gegenseitig und stehen somit in einem Wechselverhältnis zueinander.⁴ In den folgenden Abschnitten werden die empirischen Ergebnisse der Studie näher vorgestellt.

3 Emotionsarbeit und Geschlecht im politischen Feld

Die Interviews belegen, dass auch im politischen Feld – äquivalent zum ökonomischen Feld – „Gefühlsnormen“ (Hochschild 2006) vorherrschen, die sich richtungweisend auf das emotionale Verhalten auswirken. Sie bilden einen Rahmen, in welchem Konventionen den Gefühlsaustausch bestimmen (vgl. Hochschild 2006: 73–74). Mit Bourdieu gedacht, sind Gefühlsnormen sowohl in der *Illusio* als auch im *Nomos* des Feldes eingeschrieben, denn sie stellen ein implizites Wissen dar, welches politische Akteur_innen unhinterfragt annehmen. Gefühlsnormen sind parteispezifisch. So hängt die ‚emotionale Betroffenheit‘ der Parteien von ihrer inhaltlichen Ausrichtung ab, wie es in den Interviews erläutert wird. Die SPD reagiert – um ein Beispiel zu geben – emotional, wenn es um eine Standortschließung geht, während die FDP sich betroffen zeigt, wenn die Finanzbranche streikt. Auch der parteispezifische ‚emotionale Kommunikationsstil‘ zählt zu den gesetzten Gefühlsnormen. Dem übergeordnet lässt sich ein Unterschied der Gefühlsnormen zwischen linksorientierten Parteien, deren Leitbilder sich an Emotionen der Fürsorge und Offenheit anlehnen, und konservativen Parteien, die vorrangig traditionellen Leitbildern folgen, welche mit Loyalität, Autorität, Identität und Entschlossenheit einhergehen, feststellen.

Insgesamt dienen Gefühlsnormen im politischen Feld dazu, neben inhaltlich gesetzten Themen auch auf emotionaler Ebene eine Parteigeschlossenheit zu demonstrieren. Wie sich jedoch Politiker_innen auf Emotionsarbeit vorbereiten, ist dabei parteiübergreifend gleich: Nicht selten nehmen sie professionelle Hilfe in Anspruch, um den Umgang mit Emotionen zu perfektionieren, sie also authentisch einzusetzen. In erster Linie gelten hierfür drei Richtlinien: Emotionen müssen erstens zur regionalen Herkunft passen. So werden politische Reden in Bayern emotional anders vorgetragen als in Norddeutschland. Zweitens spielt das politische Ressort eine entscheidende Rolle. Finanzprobleme werden unter der Devise der ‚kühlen Sachorientierung‘ verhandelt, während im Zentrum der Fragen um Sorgearbeit Empathie steht. Die Interviews belegen ferner, dass sich drittens der Grad der Emotionalität an der vergeschlechtlichten Ordnung der Emotionen orientiert. Emotionsarbeit und emotionales Kapital hängen demnach in hohem Maße von vergeschlechtlichten Zuschreibungen ab. Eine Abkehr vom gängigen Geschlechterstereotyp geht mit Misstrauen und Hinterfragungen einher,

⁴ Mehr zum emotionalen Kapital – wie es etwa mit dem politischen Kapital zusammenhängt, vergeschlechtlicht ist und wie es als „Transformationskapital“ im politischen Feld fungiert – findet sich in Hossain (2021).

die Politikerinnen dazu zwingt, sich zum einen für ihre Emotionalität zu rechtfertigen und zum anderen ihre politische Fähigkeit über einen längeren Zeitraum unter Beweis zu stellen.

Emotionsarbeit im politischen Feld bezieht sich sowohl auf die Arbeit an den Gefühlen anderer (vgl. Strauss et al. 1980) als auch auf die Arbeit an den eigenen Gefühlen (vgl. Hochschild 2006) und hat zum Ziel, die eigene Stellung und die der Partei im politischen Raum zu reproduzieren.⁵ Im Rahmen politischer Reden werden spezifische Gefühle bei Wähler_innen hervorgerufen, während in politischen Kämpfen eigene, sozial unpassende Gefühle unterdrückt werden.

Darüber hinaus ist eine weitere Form der Emotionsarbeit im politischen Feld relevant, wie die empirischen Ergebnisse preisgeben: Parteimitglieder unterwerfen sich einer freiwillig auferlegten ‚Fraktionsdisziplin‘, die für ein einheitliches Abstimmungsverhalten aller Fraktionsmitglieder Sorge trägt. Gleichwohl eine Fraktionsdisziplin von einem ‚Fraktionszwang‘ abzugrenzen ist, kann sie dennoch in der parlamentarischen Praxis Druck auf Einzelpersonen ausüben. Die in diesem Kontext stattfindende Emotionsarbeit zielt somit nicht darauf ab, Gefühle in anderen zu evozieren oder eigene zu unterdrücken, sondern dient vielmehr der ‚Selbstprüfung‘ – besonders dann, wenn sich eine Einzelperson dazu entscheidet, anders als die Fraktion abzustimmen. Zwar erfolgt die Selbstprüfung zunächst auf inhaltlicher Ebene, begleitet wird der Prozess jedoch von bedrückenden Gefühlen. Zentral bei dieser Form der Emotionsarbeit sind eine immer wiederkehrende Gewissensfrage sowie die Angst vor Sanktionen und Ausschluss, die letztlich oft Auslöser von Selbstzweifeln sind.

Die verschiedenen Formen von Emotionsarbeit münden schließlich in zwei unterschiedlichen Ausführungsmethoden, der ‚rhetorischen Emotionsarbeit‘ und der ‚Emotionsarbeit in emotionalen Grenzerfahrungen‘, die im Folgenden unter Berücksichtigung der mit ihnen einhergehenden Arbeitsbelastungen näher erläutert werden.

3.1 Rhetorische Emotionsarbeit: Persuasion qua sprachliches Handeln

Mit Blick auf Debatten, Wahlreden und politische Talkshows stellt sich schnell heraus, dass politische Arbeit sprachliches Handeln beinhaltet, welches persuasiv ausgerichtet ist. Sprachliches Handeln bildet daher ein Überzeugungsmittel, mit welchem Politiker_innen einerseits Vertrauen gewinnen und andererseits Einfluss auf Meinungen und Einstellungen nehmen, weshalb es eng mit einer Machtausübung und -erlangung verknüpft ist. Girnth (2010: 7) erkennt etwa in der Sprache ein ‚Instrument zur Erlangung, Sicherung, Ausübung und Kontrolle von Macht‘. Diese Überzeugungsarbeit geht mit Emotionsarbeit einher. Politiker_innen setzen somit auf die Wirkungsmacht von Emotionen, die sie mittels sprachlichen Handelns vertrauensvoll, authentisch und nahbar werden lässt. Die Strategie einer politischen Rede ist demnach sowohl inhaltlich als auch emotional ausgerichtet. Dies kann soweit führen, dass selbst Feministinnen gezielt traditionelle Geschlechterrollenbilder einsetzen, um an alte Muster anzuknüpfen und damit ein Gefühl der Sicherheit bei Wähler_innen hervorzurufen. Das folgende Zitat unterstreicht diese strategische Ausrichtung von Emotionsarbeit:

⁵ Auch das Konzept der Interaktionsarbeit umfasst Gefühls- und Emotionsarbeit sowie darüber hinaus Kooperationsarbeit und subjektivierendes Arbeitshandeln (vgl. Böhle et al. 2015).

„Man kann sich selber in einen emotionalen Zustand versetzen, (...) indem man sich eine Situation vorstellt. (...) So wie es Schauspieler lernen, wie sie weinen können, lernen sie als Politiker, wie sie eine Emotion vermitteln können.“ (Bundestagsabgeordneter FDP)

Ähnlich wie Schauspieler_innen eignen sich auch politische Akteur_innen ein emotionales Gedächtnis an (vgl. Hochschild 2006: 53), womit sie Gefühle situativ entstehen lassen. Dafür versinnbildlichen sie ihre Reden, denn schließlich merken sich Wähler_innen mit Emotionen unterlegte Bilder und Symboliken nachhaltiger als etwa Zahlen und Fakten. Dieser Effekt kann intensiviert werden, indem Politiker_innen ihre eigene Person ins Spiel bringen – sich selbst in der Vater- bzw. Mutterrolle zu präsentieren oder die eigenen Kinder in Reden einzubeziehen, hat den Vorteil, dass sie dadurch an Authentizität gewinnen. Umgesetzt wird das wie folgt:

„Wenn ich ein emotionales Beispiel bringe, (...) um das gut rüber zu bringen, muss ich mir dieses Beispiel ja selber vor Augen führen.“ (Bundestagsabgeordneter FDP)

Der beschriebene Vorgang erinnert an das „Tiefenhandeln“, welches Hochschild bei Flugbegleiter_innen beobachtet. Politiker_innen rufen demnach Gefühle bei sich selbst hervor, die sie dann per ‚Gegenübertragung‘ an das Publikum richten. Im Mittelpunkt der Übertragung von Emotionen steht das jeweilige Publikum, sodass Politiker_innen zwischen unterschiedlichen Emotionsmodi – je nach Adressat_in – variieren können. Eine erfolgreiche Kommunikationsfähigkeit setzt dabei eine emotionale Anpassungsfähigkeit voraus. Politiker_innen müssen sich zunächst in Menschengruppen einfühlen, um nicht nur die Sprache, sondern auch die Emotionalität anzupassen. Kommunikationsarbeit kann jedoch zur Arbeitsbelastung werden. Wenn binnen kurzer Zeit unterschiedliche Kommunikationsarenen besucht werden, die einen schnellen Wechsel sprachlicher Fähigkeiten fordern, kann sich dies erschöpfend auswirken. Grund hierfür ist, dass nicht nur das jeweilige Fachwissen in Szene gesetzt wird, sondern darüber hinaus auch Persönlichkeitseigenschaften, sprich die „Leistung der Persönlichkeit“ (Kratzer/Nies 2009: 289), ins Zentrum rücken. „Subjektiverte Arbeit“ (Moldaschl/Voß 2002) und die damit verbundene Emotionsarbeit zählen somit zum politischen Alltag. Politikerinnen müssen sich dabei umfangreicher auf die Kommunikationsarbeit vorbereiten als ihre männlichen Kollegen: Neben inhaltlicher Ausgestaltung und emotionaler Anpassung arbeiten sie an ihrer Prosodie. Denn helle Stimmen werden als Defizit wahrgenommen. Mehr noch, sie rufen Geschlechterstereotype hervor, wie beispielsweise weibliche Hysterie. Um diese Assoziationen zu vermeiden, nehmen viele Politikerinnen Gesangsunterricht, um stimmlich „tief zu bleiben“. Eine tiefe, markante und letztlich ‚männliche‘ Stimme prägt die Leitlinie, die entscheidend für den politischen Erfolg sein kann.

3.2 Emotionsarbeit in politischen Kämpfen: Umgang mit emotionalen Grenzerfahrungen

In politischen Kämpfen unterdrücken Politiker_innen eigene Gefühle, um sie an die vorherrschenden Gefühlsnormen anzupassen. Qua „Verwandlung“ – wie Hochschild (2006) diesen Prozess bezeichnet – werden Gefühle sozial reguliert. Ziel ist es, sich selbst aufgrund sozial unpassender Emotionen nicht zu diskreditieren oder wie es die befragte Bundestagsabgeordnete beschreibt:

„[Bezogen auf eine Podiumsdiskussion mit Dr. Alexander Gauland (AfD):] Wo ich aber sofort weiß, wenn du ihn jetzt angreifst (...): ‚Sie sind ein alter Nazi!‘ – ist die Hälfte des

Publikums oder ein Drittel des Publikums voll auf meiner Seite und sagt: ‚Endlich hat es mal jemand gesagt!‘. Zwei Drittel sagen: ‚Ey, so kann man ja das auch nicht sagen!‘ (...) Das heißt, (...) du musst dich immer eher darauf konzentrieren, die Leute zu gewinnen für die Dinge, die für dich wichtig sind (...) und sie nicht verlieren, indem du andere zum Helden machst.“ (Bundestagsabgeordnete Die Linke)

Demnach gibt es erfolgsmindernde und -steigernde Emotionen im politischen Feld. Wut und Aggressivität wirken sich negativ auf die politische Souveränität aus, während eine ungezwungene Gelassenheit positive Effekte erzielt. Emotionales ‚Fehlverhalten‘ wird Männern schneller verziehen als Frauen, die sich in jedem Fall sozial passend verhalten müssen. Im Sinne Webers (2014: 71) ist hier das „Verantwortungsgefühl“ gegenüber der politischen Sache zentral. Gefühle dürfen Politiker_innen nicht ‚übermannen‘, vielmehr steht das nötige „Augenmaß, (die) Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen, also (die) Distanz zu den Dingen und Menschen“ (ebd.: 72) im Vordergrund.

Ziel der Emotionsarbeit in politischen Kämpfen ist es schließlich, sich innerlich von negativen, erfolgsmindernden Emotionen zu distanzieren und sich auf den übergeordneten Kontext – die politische Sache – zu konzentrieren, um die „Leidenschaft im Sinn von Sachlichkeit“ (ebd.) zu bewahren. Die angewandten Methoden, mit welchen Politiker_innen ihre eigenen Gefühle regulieren, orientieren sich am Konzept des ‚aktiven Zuhörens‘. Im Prinzip geht es darum, Ruhe in hitzige Diskussionen einkehren zu lassen, zu entschleunigen und sich dabei selbst Zeit einzuräumen, um sich eine passende emotionale Reaktion zu überlegen. Diese Form der Regulierung von Gefühlen ist kein leichtes Unterfangen, im Gegenteil: Sie stellt Politiker_innen vor eine persönliche Herausforderung, denn das ständige innere Abwägen, welche Gefühle aus strategischen Gründen unterdrückt und welche aus einer Loyalitätspflicht gezeigt werden sollen, führt zu einem inneren Interessenkonflikt zwischen politischem Erfolg einerseits und emotionaler Rechtschaffenheit andererseits.

4 Emotionsarbeit und Social Media: Zwischen neuen Arbeitsbelastungen und positiven Effekten

Die Ausführungen zur Emotionsarbeit im politischen Feld verdeutlichen auch die in ihr enthaltene Ambivalenz: Zwar wirkt Emotionsarbeit unterstützend beim Erreichen politischer Ziele, gleichzeitig wird sie von Arbeitsbelastungen begleitet, die aufgrund der positiven Auswirkungen auf die Machtgewinnung und die Einflussnahme jedoch in den Hintergrund gedrängt werden. Ähnlich verhält es sich mit dem Aufkommen von Social Media. Auch soziale Netzwerke wirken sich überaus positiv auf die politische Arbeit aus, verschärfen allerdings im selben Augenblick die bereits bestehenden Arbeitsbelastungen und bringen zudem neue hervor. Tatsächlich läutet die Digitalisierung einen Wandel politischer Arbeit ein. So kann die Nutzung sozialer Medien dabei helfen, einen höheren Bekanntheitsgrad zu erlangen, der zum weiteren Ausbau politischer Macht beitragen kann. Dieser positive Effekt äußert sich in vierfacher Weise: (1) Die Selbstvermarktung über Social Media führt dazu, dass sich die Reichweite von Politiker_innen nicht nur deutlich erhöht, sondern auch vermehrt jüngere Personengruppen erreicht werden. (2) Ein weiterer Vorteil der sehr direkt wirkenden Social-Media-Kanäle besteht darin, dass unsichtbare Arbeiten unmittelbar – quasi in Echtzeit – sichtbar gemacht

werden können. Vor dem Hintergrund, dass Politiker_innen oftmals hinsichtlich ihrer Arbeitszeit Rechenschaft ablegen müssen, nutzen sie beispielsweise die Timeline auf Facebook, um auf ihre hinter den Kulissen stattfindenden Aktivitäten (z. B. Sondierungsgespräche) aufmerksam zu machen. (3) Darüber hinaus versehen Politiker_innen ihre Social-Media-Profile mit persönlichen Merkmalen, die ihnen dazu verhelfen, authentisch und nahbar zu erscheinen.

Alles in allem tragen soziale Netzwerke enorm dazu bei, das politische Kapital in beschleunigter Form zu akkumulieren. Doch auf einen schnellen Machtgewinn über Social Media kann ebenso schnell ein Machtverlust folgen – das ist die Kehrseite der Medaille. Reckwitz (2017: 434–435) zufolge besteht die Krise des Politischen u. a. aufgrund der digitalen Medien, die es ermöglichen, dass politische Debatten in autonomen Teilöffentlichkeiten stattfinden, auf die Politiker_innen keinen Einfluss mehr nehmen können. Das stellt das Grundproblem von Social Media im politischen Feld dar. Denn intransparente Räume verwehren Politiker_innen die Möglichkeit einer Richtigstellung oder Rechtfertigung. Oder wie Wagner (2019: 124–125) feststellt, wird über Hasskommentare auch extremistisches Gedankengut verbreitet, das nicht zuletzt zu Radikalisierungen führen kann. Letztlich lassen sich über Social Media schneller ‚Fake News‘ und ‚Shitstorms‘ verbreiten. Die fehlende Transparenz wird durch die Anonymisierung verstärkt, denn ohne Ansprechpartner_innen kann kein Dialog geführt werden. Damit steigt die Fallhöhe mit einer Aktivität auf Social-Media-Profilen (siehe Kritik an Bodo Ramelow nach seinem Social-Media-Auftritt auf der neuen Plattform „clubhouse“). Inwiefern sich die Digitalisierung negativ auf politische Arbeit auswirkt, soll im Folgenden anhand zweier empirischer Beispiele veranschaulicht werden.⁶

4.1 Emotionsarbeit und permanente Selbstreflexion

Die Entgrenzung von Arbeit ist zwar schon immer Teil politischer Arbeit. So nehmen Politiker_innen oft Termine am späten Abend und an Wochenenden wahr. Auch können sie sich gerade in ihren Wahlkreisen nicht den Bürger_innen entziehen und müssen mitunter beim Einkaufen im Supermarkt Rede und Antwort stehen, was sich nicht selten belastend auswirkt. Die Entgrenzung von Öffentlichkeit und Privatheit sowie Arbeitszeit erreicht jedoch durch die Nutzung von Smartphones und Social Media eine neue Dimension, die die zuvor bestehenden Arbeitsbelastungen verschärft:

„Das sind dann Sachen, die liest du nachts um 23 Uhr (...). Das ist noch schlimmer: Ich gucke manchmal nachts um eins drauf. (...) Tag und Nacht über Facebook. (...) Das ist übrigens, was wirklich die Gefühlswelt [betrifft]. (...) Das, was mich am meisten beschäftigt, das unmittelbarste überhaupt, was zu mir kommt, (...) ist dieses Social-Media-Ding.“
(Bundestagsabgeordnete CDU)

Ähnlich verhält es sich, wenn Politiker_innen Privates posten und sich dabei stets die Frage stellen, ob der jeweilige Beitrag nicht einen zu tiefen Einblick in die Privatsphäre gewährt. Andererseits wächst die Beliebtheit und Bekanntheit von Politiker_innen aufgrund privater

⁶ An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass die befragten Bundestagsabgeordneten parteiübergreifend sowie alters- und geschlechterunabhängig ähnliche Belastungen aufgrund der Social-Media-Aktivitäten wahrnehmen und die Ratlosigkeit in Bezug auf den Umgang mit diesen bei allen gleich groß war. Vor allem die Nutzung von Twitter wurde in den Interviews negativ hervorgehoben, sodass sich z. B. die befragte CDU-Bundestagsabgeordnete dazu entschlossen hat, Facebook weiterhin zu nutzen und Twitter dafür einzustellen. Insgesamt verwenden die befragten Politiker_innen vorrangig Facebook und Twitter.

Einblicke, wodurch ihre Follower_innenzahl in die Höhe schießt und sie auf diese Weise mehr Einfluss im politischen Feld gewinnen. Diese Entgrenzungserfahrungen führen schließlich dazu, dass Politiker_innen eine Form der Emotionsarbeit leisten, die mit einem inneren Abwägen zwischen politischem Erfolg einerseits und der Aufrechterhaltung der Privatsphäre andererseits einhergeht. Dieses Dilemma stellt eine Arbeitsbelastung dar, nicht nur, weil Politiker_innen dabei vor einer schier unlösbaren Aufgabe stehen, sondern auch und vor allem, weil eine permanente Selbstreflexion stattfindet, wie sie bereits im Kontext der Fraktionsdisziplin weiter oben vorgestellt wurde.

4.2 Hass und Emotionsarbeit

Hass und Hetze entwickeln sich innerhalb politischer Arbeit zu einem wachsenden Problem. Darauf, dass Hass vor allem über Social Media Verbreitung findet, weisen bereits Keipi et al. (2017: 111) hin. Unter dem Deckmantel der Anonymität werden auf Online-Plattformen Hass und Hetze verbreitet, mit denen neben Journalist_innen vor allem Politiker_innen konfrontiert werden. Ein Beispiel hierfür bietet der Fall Renate Künast, die sich seit 2019 in juristischen Auseinandersetzungen um hasserfüllte und sexistische Beleidigungen befindet. Der Beschluss des Berliner Landgerichts, es handele sich hierbei nicht um Beleidigungen, sondern um „zulässige Meinungsäußerungen“, löste bundesweite Empörung aus. Mittlerweile wurde zwar die Entscheidung revidiert, dennoch legte Künast gemeinsam mit der Hilfsorganisation Hateaid eine Verfassungsbeschwerde ein. Der Fall Walter Lübcke belegt ferner, dass von Hass im Netz eine reale Gefahr ausgehen kann. Nach zahlreichen Hasskommentaren und Drohungen gegen ihn wurde der CDU-Politiker erschossen. Auch die befragten Bundestagsabgeordneten stufen Hasskommentare als Gefahr ein, die in ihnen Ängste auslösen, wodurch enorme Arbeitsbelastungen entstehen. Insbesondere dann, wenn Bürger_innen mit politischen Entscheidungen unzufrieden sind, folgen Kommentare, die weit unter die Gürtellinie gehen:

„Da sind Kommentare, (...) das geht dann sehr schnell auf die persönliche Ebene. Und, gerade in der Flüchtlingspolitik, das war das erste Mal, dass ich auch Leute gesperrt habe, weil die halt auch wirklich fremdenfeindlich sind, auch aggressiv gegen einen selbst dann: (...) ‚Du bist auch so eine Merkel-Schlampe.‘“ (Bundestagsabgeordnete CDU)

Wagner (2019: 124) stellt ebenfalls fest, dass sich der Ton im Zuge der Flüchtlingspolitik radikalisiert hat. Der öffentliche Diskurs über Hass und Shitstorms trage zwar einerseits dazu bei, dass hierin eine enorme persönliche Belastung erkannt wird, dennoch sind Politiker_innen andererseits dieser ungefilterten Gefühlswelt weiterhin schutzlos ausgeliefert. Zwar gibt es bereits Maßnahmen auf rechtlicher Ebene, die durchaus einen positiven Trend, dem Netz Spielregeln aufzuerlegen, erkennen lassen. So bieten die meisten Bundesländer ‚Onlinewachen‘ an, auf denen u. a. Hasskommentare gemeldet werden können; auch gibt es bundesweite Aktionstage gegen Hass-Postings, an denen Polizeidienststellen aktiv gegen Täter_innen vorgehen; und das seit 2017 verabschiedete ‚Netzwerkdurchsetzungsgesetz‘ verpflichtet schließlich Betreiber_innen von Online-Plattformen dazu, strafbare Inhalte zu löschen, sofern sie gemeldet werden. Dennoch empfinden die befragten Bundestagsabgeordneten die Situation als ‚ausweglos‘, da Hasskommentare bereits gravierende Auswirkungen auf die politische Arbeit haben, wie das folgende Zitat belegt:

„Das berührt mich emotional. Dann formuliere ich ewig in meinem Kopf rum, was ich jetzt wieder antworten könnte. Dann schreib, tipp ich, tipp ich, tipp ich. Und, ich glaube, die gute Eigenschaft dabei ist, das alles wieder zu löschen. Das Ding hinzulegen. Manchmal

mache ich es auch so, dass ich meinem Mann sage: ‚Hier, lies mal.‘ Dann sagt er: ‚Ne, lass es!‘“ (Bundestagsabgeordnete CDU)

Hasserfüllte Kommentare und der Umgang mit Social Media belasten somit Politiker_innen nicht nur emotional, sie wirken sich auch auf die Arbeitszeit aus, die deutlich in die Länge gezogen wird: Das ständige Nachrichten posten und auf Kommentare reagieren hat ein Vorranschieben der Entgrenzung zur Folge. Selbst erfahrene Politiker_innen betonen, dass sie die Kommentare nicht ignorieren können. Denn die hasserfüllten Posts kreisen quasi als ein permanentes „Gedankenkarussell im Gedächtnis“, das sich nicht ohne Weiteres stoppen lässt. Die permanente Reflexion darüber, ob und wenn ja, was geantwortet werden soll, um sich aufgrund sozial unpassender Emotionen nicht zu diskreditieren, lässt sich auch als „Zwang zur permanenten Selbstoptimierung im Zeichen des Wettbewerbs“ (Bröckling 2014: 191) verstehen. Dies kann Erschöpfung zur Folge haben, wenn ein „Passungsproblem zwischen menschlicher Natur und gesellschaftlicher Wirklichkeit“ besteht, so Bröckling. Die durch die Konfrontation mit Hass zugenommene entgrenzte Arbeitszeit kann ebenso – mit Blick auf u. a. Bröckling (2014: 180), Hürtgen/Voswinkel (2014: 13) und Neckel/Wagner (2014:16) – zu weiteren, als permanent wahrgenommenen Belastungen führen. Pathogen sei laut Böckling (2014: 190) demnach nicht die Anspannung als solche, sondern vielmehr die dauerhafte Anspannung ohne Aussicht auf ein Ende. Und eben diesen Umstand hat das Aufkommen von Social Media im politischen Feld ausgelöst. Es ist die Ausweglosigkeit, durch die sich die Politiker_innen „unsicher und überfordert“ fühlen. Sie befinden sich schließlich vor einem erneuten Dilemma: Der Wunsch, auf Online-Plattformen zu verzichten – ähnlich wie Habeck –, ist groß, doch positive Effekte gleichzeitig zu vielversprechend, um diesen Wunsch in die Tat umzusetzen. So wird auf individueller Ebene eine Lösung für das Problem gesucht, die schließlich in Emotionsarbeit mündet. Politiker_innen sind – wie ausgeführt – dazu angehalten, ihre eigenen Gefühle zu kontrollieren, gelangen allerdings aufgrund der Dynamik der Social-Media-Welt an die Grenzen der Belastbarkeit. Gefühle müssen zwar sozial reguliert werden, aber die aktuellen Anforderungen an Emotionsarbeit erfordern ein viel weitergehendes emotionales Selbstmanagement. Es muss erst einmal ein Weg gefunden werden, um die innere Gefühlswelt im Sinne einer ‚Nachjustierung‘ mithilfe von Selbstreflexion so zu regulieren, dass ein Umgang mit Hass und Hetze möglich wird. Hierzu heißt es in einem Interview:

„Wenn das beleidigend wird (...) – und, da hat, glaube ich, das Internet und die sozialen Medien einiges dazu beigetragen. Also, ich finde, man muss aufpassen zwischen ‚man darf nicht abstumpfen‘ und ‚man darf nicht alles an sich heranlassen‘. Und dazwischen ist ein schmaler Grat.“ (Bundestagsabgeordneter SPD)

Mit anderen Worten: Politiker_innen stehen vor einem weiteren Dilemma, das ihnen abverlangt, eine innere Balance zwischen Gleichgültigkeit und Zuwendung herzustellen. Schließlich erfordert die gegenwärtige politische Arbeit nicht nur eine zunehmende Medienkompetenz, sondern auch einen individuellen Umgang mit Anfeindungen gegen die eigene Person.

5 Ambivalentes Verhältnis zwischen politischer Arbeit und Social Media

Social Media läutet einen Wandel politischer Arbeit ein. Auf der einen Seite lassen sich markante und erfolgversprechende Effekte verzeichnen, auf der anderen Seite treten eine Reihe negativer Auswirkungen auf. Es entsteht somit ein schmaler Grat zwischen schnellem Erfolg und Misserfolg. In Anlehnung an Carstensen (2015) bringt der technische Wandel – der sich vor allem in neuen Dimensionen der Entgrenzung und Subjektivierung abzeichnet – auch im politischen Feld neue Formen von Arbeitsbelastungen hervor, die von psychischen Belastungen und Stress begleitet werden. Nach Bröckling (2014: 194) sorgt ein Missverhältnis von Energieverbrauch und -zufuhr für Erschöpfungssyndrome. Im politischen Feld scheint diese Balance zwischen Arbeit und Anerkennung durch die Mehrarbeit aufgrund des Bedienens von Social Media immer mehr in Richtung Erschöpfung auszuslagen. Es entstehen dadurch neue Hürden, die dazu führen, dass die Attraktivität des Feldes sinkt und dass diejenigen, die sich bereits im Feld positioniert haben, individuelle Strategien im Umgang mit Social Media finden müssen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Betroffenen vermehrt Emotionsarbeit leisten, um mit Hasskommentaren und der Entgrenzung von Arbeitszeit sowie der Entgrenzung von Arbeit und Privatheit zurechtzukommen. Die Belastungen werden jedoch mittlerweile als so hoch empfunden, dass sich Politiker_innen mehr Maßnahmen auf struktureller Ebene wünschen, weil jene auf individueller Ebene die Probleme nicht langfristig lösen können. Allerdings liegt die Schwierigkeit darin, dass es keine klare Definition von Online-Hass gibt (vgl. Wagner 2019). Was Hass ist und was nicht, ist „davon abhängig, wie ein Satz im Online-Bereich medial gerahmt ist. Und es wird davon abhängig, wer sich von diesem Satz >angerufen< fühlt – und wer nicht“ (Wagner 2019: 135).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Emotionen immer relevanter für das politische Feld werden. Die Ergebnisse der Studie zeigen jedoch auch, dass Emotionen im politischen Feld nach wie vor vergeschlechtlicht sind und Politikerinnen sich oftmals in ihrer Emotionsarbeit an diesen klassischen Mustern orientieren, womit sie (un-)bewusst Geschlechterstereotype reproduzieren und somit – in Anlehnung an Bourdieu (1997) – zu unbewussten Komplizinnen anhaltender Geschlechterungleichheiten im politischen Feld werden.

Literatur

- Biester, Elke; Holland-Cunz, Barbara; Sauer, Birgit (Hg.) (1994): *Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der Feministischen Diskussion*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Böhle, Fritz; Stöger, Ursula; Wehrich, Margit (2015): *Wie lässt sich Interaktionsarbeit menschengerecht gestalten? Zur Notwendigkeit einer Neubestimmung*. *Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 8 (1): 37–54.
- Bourdieu, Pierre (2001): *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz: UVK.

- Bourdieu, Pierre (1997): Eine sanfte Gewalt, Pierre Bourdieu im Gespräch mit Irene Dölling und Margerete Steinrückle. In: Dölling, Irene; Kraus, Beate (Hg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 153–218.
- Bröckling, Ulrich (2014): Der Mensch als Akku, die Welt als Hamsterrad. Konturen einer Zeitkrankheit. In: Neckel, Sighard; Wagner, Greta (Hg.): Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp, 179–201.
- Carstensen, Tanja (2020): Orts- und zeitflexibles Arbeiten: Alte Geschlechterungleichheiten und neue Muster der Arbeitsteilung durch Digitalisierung. *Zeitschrift für Arbeitswissenschaft* 74 (2): 1–11. DOI: 10.1007/s41449-020-00213-y.
- Carstensen, Tanja (2015): Neue Anforderungen und Belastungen durch digitale und mobile Technologien. *WSI-Mitteilungen* 3/2015: 187–193.
- Diewald, Martin; Kunze, Eva Susanne; Andernach, Björn (2020): Digitalisierte Arbeit und private Lebensführung. In: Maier, Günter W.; Engels, Gregor; Steffen, Eckhard (Hg.): Handbuch Gestaltung digitaler und vernetzter Arbeitswelten. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag, 433–451.
- Funder, Maria (2008): Geschlechterverhältnisse und Wirtschaft. In: Maurer, Andrea (Hg.): Handbuch der Wirtschaftssoziologie. Wiesbaden: VS-Verlag, 411–430.
- Girnth, Heiko (2010): Einstieg: Sprache und Politik. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Sprache und Politik, 5–11. URL: <https://www.google.com/search?client=firefox-be&q=Girnth%2C+Heiko+%282010%29%3A+Einstieg%3A+Sprache+und+Politik> (Zugriff: 26. Januar 2021).
- Habeck, Robert 2019: Bye bye, twitter und Facebook. Ein Blog zum Abschied. URL: <https://www.robert-habeck.de/texte/blog/bye-bye-twitter-und-facebook/> (Zugriff: 26. Januar 2021).
- Hall, Cheryl (2002): ‘Passions and Constraint’: The Marginalization of Passion in Liberal Political Theory. *Philosophy & Social Criticism* 28 (6): 727–748.
- Heaney, Jonathan G. (2019): Emotion as power: Capital and Strategy in the Field of Politics. *Journal of Political Power* 12 (2): 224–244.
- Hirschman, Albert O. (1977): *The Passions and the Interests. Political Arguments for Capitalism before Its Triumph*. Princeton: Princeton University Press.
- Hochschild, Arlie R. ([1983] 2006): *Das gekaufte Herz. Die Kommerzialisierung der Gefühle*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Hochschild, Arlie R. (1998): The Sociology of Emotion as a Way of Seeing. In: Bendelow, Gillian; Williams, Simon J. (Hg.): *Emotions in Social Life. Critical Themes and Contemporary Issues*. London, New York: Routledge, 3–17.
- Hossain, Nina (2021): *Emotionen und Geschlecht im politischen Feld*. Baden-Baden: Nomos, i. E.
- Hürtgen, Stefanie; Voswinkel, Stephan (2014): *Nichtnormale Normalität? Anspruchslogiken aus der Arbeitermitte*. Berlin: Edition Sigma.
- Illouz, Eva (2007): *Gefühle in Zeiten des Kapitalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Keipi, Theo; Näsi, Matti; Oksanen, Atte; Räsänen, Pekka (2017): *Online Hate and Harmful Content. Cross-National Perspectives*. Abingdon, New York: Routledge.
- Korte, Karl-Rudolf (2015): Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung. In: ders. (Hg.): *Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung*. Baden-Baden: Nomos, 11–27.

- Kratzer, Nick; Nies, Sarah (2009): *Neue Leistungspolitik bei Angestellten, ERA, Leistungssteuerung, Leistungsentgelt*. Berlin: Edition Sigma.
- Marcus, George E.; Neumann, Russell W.; Mackuen, Michael (2000): *Affective Intelligence and Political Judgement*, Chicago: The University of Chicago Press.
- Mayring, Philipp (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlage und Technik*. Weinheim, Basel: Beltz.
- Moldaschl, Manfred; Voß, G. Günter (Hg.) (2002): *Subjektivierung von Arbeit*. München, Mering: Rainer Hampp Verlag.
- Neckel, Sighard; Wagner, Greta (2014): Einleitung: Leistung und Erschöpfung. In: dies. (Hg.): *Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp, 7–27.
- Nielsen, Philipp (2015): Politik und Emotionen aus der Perspektive der Geschichtswissenschaften. In: Korte, Karl-Rudolf (Hg.): *Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung*. Baden-Baden: Nomos, 27–49.
- Penz, Otto; Sauer, Birgit (2016): *Affektives Kapital. Die Ökonomisierung der Gefühle im Arbeitsleben*. Frankfurt am Main: Campus.
- Phillips, Anne (1995): *Geschlecht und Demokratie*. Hamburg: Rotbuch Verlag.
- Pfeiffer, Sabine (2012): Technologische Grundlagen der Entgrenzung: Chancen und Risiken. In: Badura, Bernhard; Ducki, Antje; Schröder, Helmut; Klose, Joachim; Meyer, Markus (Hg.): *Fehlzeiten-Report 2012. Gesundheit in der flexiblen Arbeitswelt: Chancen nutzen – Risiken minimieren*. Berlin, Heidelberg: Springer Verlag, 15–21. DOI: 10.1007/978-3-642-29201-9_2.
- Reckwitz, Andreas (2019): *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Sauer, Birgit (2001): *Die Asche des Souveräns. Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt am Main: Campus.
- Sauer, Birgit (1997): *Geschlecht, Emotion und Politik*. Institut für Höhere Studien (IHS), Reihe Politikwissenschaft, Nr. 46. Wien: 1–17.
- Schaal, Gary S.; Heidenreich, Felix (2013): Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 32–33/2013: 3–11.
- Sträter, Oliver (2019): Wandel der Arbeitsgestaltung durch Digitalisierung. Transfer von Erkenntnissen aus der Sicherheitsforschung auf die Arbeitsgestaltung in der digitalen Transformation. *Zeitschrift für Arbeitswissenschaft* 73: 252–260. DOI: <https://doi.org/10.1007/s41449-019-00163-0>.
- Strauss, Anselm et al. (1980): *Gefühlsarbeit. Ein Beitrag zur Arbeits- und Berufssoziologie*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 32 (4): 629–651.
- Swartz, David L. (2012): Grundzüge einer Feldanalyse der Politik nach Bourdieu. In: Bernhard, Stefan; Schmidt-Wellenburg, Christian (Hg.): *Feldanalyse als Forschungsprogramm 2. Gegenstandsbezogene Theoriebildung*. Wiesbaden: Springer VS, 163–194.
- Turner, Jonathan H.; Stets, Jan E. (2005): *The Sociology of Emotions*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wagner, Elke (2019): *Intimisierte Öffentlichkeiten. Pöbeleien, Shitstorms und Emotionen auf Facebook*. Bielefeld: Transcript.
- Weber, Max ([1919] 2014): *Politik als Beruf*. Köln: Anaconda.